Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

263 (8.6.1900) Abendblatt

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf
Vorausbezahlung.

Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelzeile od. deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Bemerkungen:
Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraransprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 263. Karlsruhe, Freitag, 8. Juni 1900. **Abendblatt**

Die Annahme des Flottengesetzes.

Berlin, 7. Juni.

Die Annahme des grundlegenden ersten Paragraphen des Flottengesetzes ist im Reichstag mit einer Mehrheit von 153 gegen 79 Stimmen erfolgt; bei der Abstimmung fehlten etwa 160 Abgeordnete, das ist daraus erklärlich, wie übereinstimmend in allen Parteien versichert wird, daß an diesem ersten Tage keine Abstimmung erwartet worden ist, zumal die Sitzung erst um 2 Uhr begann. Zahlreiche Abgeordnete waren nach Berlin unterwegs. Ueberträgt man nach Maßgabe der Fraktionslisten dieses Verhältnis auf die Gesamtzahl, dann ergiebt sich, daß für die Verdoppelung der deutschen Schlachtflotte und ihre gesetzliche Sicherung eine Majorität in der deutschen Volksvertretung sich erklärt hat, die mehr als zwei Drittel des gesamten Reichstags darstellt.

Das ist ein Ergebnis, das national von höchster Bedeutung ist, wenn man sich nur halbwegs derjenigen Kämpfe erinnert, mit denen früher Schritt für Schritt jedes größere Schiff erstritten worden, und der Thatsache, daß die ausreichende Verstärkung der deutschen Wehrkraft in den ersten fünfundzwanzig Jahren wiederholt erst vermittelst eines Appells an das deutsche Nationalgefühl und den Willen des Volkes gegen seine Vertretung erzwungen werden mußte. Das ist ein nationaler Gewinn, der doppelt hoch zu veranschlagen ist, zu einer Zeit, wo das Ausland sich auf haltlose Anläße hin in leeren Spekulationen auf die mögliche Zerbröckelung des Deutschen Reiches ergeht. Und mit besonderer Genugthuung verzeichnen wir diesen Gewinn, weil auch diesmal von allen deutschen Parteien die nationalliberale die erste war, die unumwunden, geschlossen bis zum letzten Mann, für diese große nationale Aufgabe sich eingesetzt hat.

In der heutigen Weiterberatung wurden § 2 über die Ersatzbauten, § 3 über die Indienststellung, § 4 über den Personalbestand der Schiffe und § 5 über die Bereitstellung der Mittel ohne Debatte angenommen. Eine Debatte entspann sich erst über die Deckungsfrage bei § 6, worin über die Bereitstellung der Mittel gesagt ist:

Insoweit vom Rechnungsjahr 1901 ab der Mehrbedarf an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Marineverwaltung den Mehrertrag der Reichsstempelabgaben über die Summe von 53 708 000 M. hinaus übersteigt, und der Fehlbetrag nicht in den sonstigen Einnahmen des Reichs seine Deckung findet, darf der letztere nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem, noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetz, betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes vom 27. April 1894 und dem Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes, in Kraft.

Da Centrum und Konservative durch die Abgeordneten Gröber und Graf Kanitz von vornherein erklärten, daß sie nicht für die Flotte stimmen würden, wenn der Reichstag nicht auch die von ihnen in der Kommission beschlossenen Steuerstempel- und Zollerhöhungen bewillige, so wurde allseitig von einer Einbringung von Abänderungsanträgen abgesehen. Die freisinnigen Abgeordneten Dr. v. Siemens und Rickert legten dar, aus welchen Gründen eine direkte Reichssteuer ihnen lieber gewesen wäre. Auch der Abg. Richter sprach sich für direkte Reichssteuern aus und forderte das Haus auf, sich an die Kommissionsbeschlüsse um so weniger zu halten, als die Kommission ihren Standpunkt mehrfach gewechselt habe. Der Abg. Bebel sagte den Kommissionsbeschlüssen nach, daß die wirksamen von ihnen doch nur die schwächeren Schultern träfen. Eingehender führte der freisinnige Abg. Dr. v. Siemens aus, daß die Erhöhung der Börsenstempel nur den Großbanken zugute komme und die internationale Machtstellung der Berliner Börse schwäche. Das letztere bestritt der nationalliberale Abg. Dr. Paasche, der dann hervorhob, daß die zu erwartenden Mehreinnahmen soweit sie zur Deckung der Ausgaben für die Flotte nicht erforderlich seien, zur Schuldentilgung verwandt würden. Der Rest der Sitzung war eine belanglose Polemik, dann wurde die Schlußbestimmung angenommen samt den Resolutionen: in dem ordentlichen Etat sechs Prozent, statt bisher fünf Prozent des Gesamtwerts der Flotte, einzustellen und desgleichen für die Armierung die vollen Kosten statt bisher zwei Drittel; ferner dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Besteuerung künstlicher Süßstoffe in der nächsten Session vorzulegen, und schließlich im Interesse der Landwirtschaft die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Zuzug fremder Arbeiter zu öffnen.

Damit war die zweite Lesung des Flottengesetzes erledigt. Morgen wird die zweite Lesung der Steuergesetze stattfinden.

Wie der Boxeraufstand großgezogen wurde.

Von unserem ständigen Herrn Mitarbeiter in Peking erhalten wir einen Bericht, der gerade gegenwärtig von größtem Interesse ist, weil er darthut, wie der Boxeraufstand durch das Zurschautragen fremdenfeindlicher Gesinnung seitens des Hofes großgezogen wurde. Der Bericht lautet:

± **Peking**, 30. April.

Die gegenwärtige Lage in China trägt das Gepräge andauernder Reaktion. Gegen die im Lande verbliebenen Anhänger der Reformpartei, denen anfangs volle Verzeihung bezw. Duldung zugesagt worden war, wird in letzter Zeit schärfer vorgegangen. Besonders die Beamtenschaft wird einer gründlichen Säuberung von reformlerisch gesinnten Elementen unterzogen. Bei den Vorschlägen zur Beförderung oder Amtsauszeichnung, die an den Thron gelangen, werden, wie verlautet, zunächst jedes Mal genaue Ermittelungen darüber angestellt, weß' Geistes Kind der Betreffende ist, ob Verdacht besteht, daß er Reformen zugeneigt ist, ob er mit Ausländern Verkehr unterhält oder an fremden Unternehmen beteiligt ist. Stellt sich dies heraus, so wird er von der Liste des Avancements oder der Auszeichnungen gestrichen. Ist gar ein Beamter mehr als blos verdächtig, irgendwelche auf Reformen gerichtete Neigungen zu besitzen, so droht ihm Bestrafung der verschiedensten Art, von Einkerkerung bis zur Verbannung und selbst Hinrichtung. Beflissene Höflinge suchen deshalb die Listen der Beamten nach solchen Opfern ab, und allen voran ist der Erzreaktionär Hsü-tung, den man für gut befunden hat, zum Erzieher des Kronprinzen zu bestimmen, ein über 70jähriger Greis, eifrig bemüht, das Beamtentum von solch verderblichen Elementen zu säubern und wieder in die Bahnen des altbewährten Konservativismus von Konfucius Zeiten zurückzuleiten.

Die Kaiserin-Witwe, welche das Vorgehen gegen die ihr verhaßten Reformfreunde in so guten Händen weiß, fühlt sich jetzt viel sicherer vor Gefahren, welche sie bisher immer von geheimen Anschlägen der Partei gegen ihr Leben gefürchtet hatte, so sicher, daß sie vor wenigen Tagen zum erstenmale wieder seit dem Staatsstreich, begleitet vom Kaiser und dem Kronprinzen, in gewohnter Weise die erfrischenden Parkgründe des Sommerpalastes Wanshoushan aufgesucht hat.

Während so gegen die Fortschrittspartei mit aller Schärfe vorgegangen wird, finden fortgesetzt Beamte, die wegen ihres Vorurteils gegen alle Reformen und wegen ihrer Fremdenfeindlichkeit berüchtigt sind, Anerkennung und das besondere Vertrauen der Kaiserin-Witwe. Ich erinnere nur an Kangyi, dem seine finanziellen Machenschaften in diesen Tagen den hohen Posten eines Präsidenten des Ministeriums des Innern eingetragen haben; an Hsü-tung, der mehr wie je in Gunst bei Hofe steht; an Lipingh'ëng, dem ein Vertrauensamt nach dem andern übertragen wird; und an dessen Nachfolger als Gouverneur von Shantung, Yühsien, der, eben erst auf Druck der interessierten fremden Vertreter wegen seiner notorisch Christen- und Ausländer-feindlichen Haltung von seinem Posten abberufen, nunmehr gleichsam zum Lohne den Gouverneurposten von Shansi erhalten hat, einer Provinz, wo gleichfalls zahlreiche christliche Interessen engagiert sind.

Auch in anderer Hinsicht macht sich das rückschrittliche Regiment fühlbar. Gegen die chinesische Presse, welche in den letzten Jahren in ungeahntem Maße an Verbreitung und Einfluß gewonnen hat, wird neuerdings mit Macht zu Felde gezogen. Durch die allenthalben für wenige Kupferkösch käuflichen und bei der dem Chinesen eigenen Neugier mit Eifer gelesenen Zeitungen werden, so befürchtet man, die modernen Ideen in die breiten Schichten des Volkes getragen, wo sie vergiftend wirken müssen. Deshalb werden von den Behörden überall Verbote gegen Verbreitung und Lektüre gewisser chinesischer Zeitungen moderner Richtung erlassen und angeblich auch streng durchgeführt. Besonders gebrandmarkt sind diejenigen Blätter, welche von der Reformpartei zu gehässigen Angriffen gegen die Kaiserin-Witwe und abfälliger Kritik von deren Regierungsmaßnahmen benutzt werden.

Ferner ist in letzter Zeit, anscheinend aus Anlaß der Ermordung des englischen Missionars am Neujahrstage dieses Jahres, von neuem, wie schon früher einmal, der Versuch gemacht worden, die Reisefreiheit der Ausländer im Innern Chinas, welche durch die Verträge ausdrücklich gewährleistet ist, zu beschränken; man will verlangen, daß jeder Fremde, der im Lande reist oder sich aufhält, bei jedem einzelnen Ortsbeamten, dessen Amtsbereich er betritt, sich meldet und seine Pässe vorzeigt. Diese Zumutung ist jedoch seitens der Vertreter der Vertragsmächte sofort und übereinstimmend aufs Entschiedenste zurückgewiesen worden. Aber die Thatsache allein, daß ein solches Ansinnen erneut gestellt wird, beweist, wie sehr das Selbstgefühl der regierenden Kreise Chinas wieder gestiegen ist, indem sie nicht davor zurückschrecken, selbst wohlerworbene Rechte der Ausländer anzutasten. Da man die Fremden nicht ganz wieder los werden kann, so sucht man sie wenigstens möglichst fernzuhalten. Für Erlangung von Konzessionen irgendwelcher Art ist jetzt die denkbar ungünstigste Zeit in China. Neue Konzessionen werden so gut wie keine mehr erteilt. Die vor Jahresfrist erlassenen Bestimmungen des Eisenbahn- und Bergbauamtes, mit einem umständlichen Instanzenwege, bieten eine bequeme Handhabe, alle dahin gerichteten Anträge wesentlich zu erschweren und auf jede Weise hinzuhalten. Die beliebte Taktik chinesischen Mandarinentums, der passive Widerstand, treibt hierbei wieder die herrlichsten Blüten.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 8. Juni.

89. öffentliche Sitzung der **Zweiten Kammer**.

Präsident **Gönner** eröffnet die Sitzung um ¼10 Uhr.

Am Regierungstisch: Ministerialrat Nicolai.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Budget-Kommission über:

1. die Anträge Fieser und Genossen auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, eine Abänderung der Beamten- bezw. Schulgesetzgebung betr.
2. die Petitionen von Beamten in Villingen, Ladenburg, Ueberlingen, Bühl, Breisach und Rastatt um Einreihung ihrer dienstlichen Wohnorte in eine höhere Ortsklasse.
3. die Petition der Steuereinnehmerei- und Bureaugehilfen in Mannheim um eine Teuerungszulage betreffend.

Abg. Dr. **Wilckens** (nat.-lib.). Ich habe heute namens der Budgetkommission einen Teil des Berichts zu vertreten, den mein leider immer noch erkrankter Freund Uibel bereits anfangs April d. J. erstattet hat. Der eine Teil dieses Berichts bezog sich auf die kurz nach Beginn der gegenwärtigen Tagung bezw. unterm 29. Januar d. J. eingebrachten Anträge Uibel und Gen. und Fischer und Gen. wegen Aufhebung der 3proz. Witwenkassenbeiträge der Beamten und Volksschullehrer. Dieser Teil des Berichts ist schon kürzlich im Zusammenhang mit der Beratung des von der Großh. Regierung im Sinne jener Anträge eingebrachten Gesetz-Entwurfs, dem das Haus zugestimmt hat, erledigt worden. Unerledigt ist dagegen z. Zt. noch der Uibel'sche Bericht, insoweit er sich auf den von den Abg. Fieser und Gen. am 29. Januar d. J. eingereichten Antrag bezieht, wonach das Wohnungsgeld sämtlicher etatmäßiger Beamten, einschließlich der Volksschullehrer, um 50 Proz. erhöht werden sollte, und insoweit er sich mit Petitionen von Beamten aus Villingen, Ladenburg, Ueberlingen, Bühl, Breisach und Rastatt um Einreihung ihrer dienstlichen Wohnorte in eine höhere Ortsklasse und mit einer Petition der Steuer-Einnehmerei- und Bureaugehilfen in Mannheim um eine Teuerungszulage befaßt. In dieser Richtung führt der Bericht aus, daß im Hinblick auf die allseits wahrnehmbare Aufwärtsbewegung der Mietpreise auch die Großh. Regierung in einer an die Budget-Kommission gerichteten Zuschrift vom 6. Februar d. J. die Reformbedürftigkeit des 1894er Wohnungsgeld-Tarifs, insbesondere diejenige der ihm zu Grund liegenden Ortsklasseneinteilung, anerkannt habe. Bekanntlich ist dieser Tarif mit seiner Ortsklassen-Einteilung damals aufgrund umfassender, 1892 veranstalteter Erhebungen zustande gekommen, welche sich auf die Wohnungsverhältnisse von über 6000 Beamten in 461 Gemeinden erstreckt hatten. Aus diesen Erhebungen suchte man ein Bild von der thatsächlichen Höhe der Mietpreise in den einzelnen Gemeinden zu gewinnen, um hieraus für die Einteilung der Gemeinden in die verschiedenen Ortsklassen eine Richtschnur zu entnehmen. Als einheitliche Grundlage dienten dabei die durchschnittlichen Mietpreise für ein Zimmer. Wir haben damals jenes Erhebungsmaterial in der Zweiten Kammer eingehend geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es eine brauchbare Grundlage für die Regelung der Sache bilde. Nun hat die Kommission wie das hohe Haus die Vorlage der Großh. Regierung, und zwar mit deren Zustimmung, bei jenem Anlaß dahin modifiziert, daß im Interesse der Erreichung eines gerechteren Resultats statt der vorgeschlagenen drei Ortsklassen vier Ortsklassen gebildet wurden. Die Großh. Regierung ist nun der Ansicht, daß eine Reform des damals zustande gekommenen Gesetzes, wenn man ein richtiges Ergebnis erzielen wolle und wenn dieses Bestand haben solle, nur möglich sei, wenn zuvor wieder umfassende Erhebungen würden stattgefunden haben. Diese Erhebungen sollten sich aber nicht, wie die von 1892, auf die Feststellung des thatsächlichen Mietaufwandes der Beamten beschränken, sondern zugleich auch ermitteln, wieviel jede Beamtenkategorie für eine standesgemäße Wohnung zu bezahlen habe. Aufgrund dieser Erhebungen werde man auch nach der Ueberzeugung der Regierung eine allgemeine Erhöhung des Wohnungsgeldes in Angriff nehmen müssen, wobei noch zu erwägen sein werde, ob außer der Revision der Ortsklasseneinteilung nicht auch noch die Einteilung der Dienstklassen der Aenderung bedürfe. Außerdem sei zu prüfen, ob

Reiseerlebnisse im Burenlande.

London, 6. Juni.

„Daily Mail" veröffentlicht einen interessanten Brief ihres Korrespondenten Douglas Story, dem wir folgendes entnehmen:

Das Reisen in den Burenrepubliken in Kriegszeiten ist nicht immer ein ungetrübtes Vergnügen. Der Eisenbahnzug verläßt Pretoria mit geradezu excentrischer Eile, als ob ihm alles daran läge, seine doppelte oder dreifache Menschenfracht so schnell als möglich nach der Front zu bringen. Schon beim Einsteigen hat man genug zu thun, um sich durch die rauhen nicht immer wohl duftenden Buren mit ihren Sätteln, Gewehren und Futterbeuteln durchzuquetschen; manche dieser Hinterwäldler hatten vor Ausbruch des Krieges noch niemals eine Eisenbahn gesehen, aber wenn sie sich glücklich einen Sitz gesichert haben, so verhalten sie sich in wirklich ausgezeichneter Weise. Von ihren vielen europäischen Waffenbrüdern läßt sich nicht immer das Gleiche behaupten; diese sind viel geräuschvoller und aufgeregter und feuern mit Vorliebe bei der Abfahrt ihre Gewehre durch die Fenster ab, was wahrscheinlich für die Anwohner an der Eisenbahn nicht immer angenehm ist. Gelegentlich wird denn auch wohl ein friedlicher Bürger durch diese thatendurstigen Schützen angeschossen, ohne weitere Folgen in dem allgemeinen Kriegsrummel.

Sobald der Zug die Station verlassen hat, erscheint der Paß-Beamte in dem Wagen und zeigt sich neugierig mit Bezug auf unsere Herkunft, auf unser Aeußeres und Inneres, Haarwuchs und Augenfarbe, Nasenform und Länge des Bartes und vor allem auf unser Reiseziel. Ich besitze eine ganze Anzahl solcher geschriebenen Personalia, von denen auch nicht zwei übereinstimmen, und die der republikanischen Beamtenschaft eigentlich kein gutes Zeugnis ausstellen.

Hier zu Lande reist man natürlich immer mit einem Pferde, und ein Bur ohne sein „Paard" ist ein undenkbarer Begriff. Natürlich bildet das edle Roß ein sehr wichtiges Bestandteil in der Ausrüstung eines Zeitungskorrespondenten, und das Reisen in Südafrika hängt im allgemeinen ganz bedeutend von dem Wohlbefinden des Pferdes ab; deshalb kommt auch sein Komfort eingehend in Betracht, und wenn ich bisher nach heimatlichen Erfahrungen der Ansicht war, daß hierzu gepolsterte Eisenbahnwagen, ein beaufsichtigender Stallknecht und ein großer Vorrat guten Futters erforderlich sei, so sah ich jetzt meinen Irrtum ein. In Südafrika wird das unentbehrliche Roß einfach summarisch in einen offenen Wagen gezerrt und geschoben, der bereits mit schlagenden und beißenden Maultieren und Pferden gefüllt zu sein scheint. Es kann nur als ein Wunder betrachtet werden, daß die Tiere sich auf der Reise nicht gegenseitig Hals und Beine brechen, sondern im Gegenteil am Ende der Fahrt vergnügt und guter Dinge ihre Marterkasten verlassen. Ein englisches Pferd würde bei den bloßen Gedanken an eine solche Eisenbahnreise bereits sterben, aber es läßt sich allerdings auch kein Vergleich zwischen den in England und den in den Kolonien gezüchteten Pferden ziehen. Die praktischen Tugenden sind unzweifelhaft alle Eigentum des südafrikanischen Ponis. Dieses Tier hält vier Tage mit wenig oder gar keinem Futter aus. Es versteht zu existieren, wo eine Heuschrecke kaum noch eine Mahlzeit machen könnte und es ist für die rauhe Arbeit im Feld in wunderbarer Weise geeignet, denn es läuft seine 40 Meilen per Tag ohne nennenswerte Rast. Sein Aussehen ist nicht brillant und gewöhnlich ist sein ganzes Knochengerüst durch die Haut sichtbar. Alles in allem respektiere ich den Veldtpony außerordentlich und wenn er nicht allzu leidenschaftlich ausschlägt, wie es die meisten thun, so könnte ich ihn sogar lieben. General De la Rey sagte zu mir vor ein paar Tagen: Ein Bur besteht aus vier Teilen — der Mann, das Pferd, das Mausergewehr und das Bandolier mit Patronen! Alle sind erforderlich für die Zusammenstellung des einzelnen Buren und wenn ein Bestandteil fehlt, so ist das Ganze wertlos.

Wenn es der Fahrplan des Zuges und andere Umstände erlauben, so giebt man seinem Pferde wenigstens einmal am Tage während der Reise Futter und Wasser, aber selbst das ist oft mit größten Schwierigkeiten verknüpft. Inzwischen ruht man selbst mit einem oder mehreren bandolierten Burghers in einem gepolsterten Kupee oder vielleicht auch in einem offenen Wagen oder auf vollen Kartoffelsäcken in dem Abteil eines Schaffners.

Der Zug kommt plötzlich zum Stillstand, wir müssen aussteigen und erfahren, daß wir ungefähr 50 Meilen unpassierbarer Eisenbahnlinie, die von den Buren zerstört wurde, vor uns haben. Die Geschichte dieser Zerstörung ist eine ganz kuriose: Nach dem Falle von Bloemfontain flohen die Freistaatler in größter Eile nach Kroonstad und da die britische Kavallerie ihnen auf den Fersen war, so hatte niemand Zeit, an eine Zerstörung der Linie zu denken. Als dann Lord Roberts Reiterei in der Hauptstadt stille liegen mußte, glaubten die Buren eine günstige Gelegenheit zu haben, den Schienenweg unbrauchbar zu machen. Es wollte sich aber in ihren Reihen zunächst niemand für dies gewagte Unternehmen finden, bis zuletzt ein waghalsiger Amerikaner sich eine Maschine, einen Lokomotivführer und ein Packet Dynamit verschaffte, damit langsam die Linie herunterfuhr und sie an verschiedenen Stellen mit geringer Mühe zerstörte. Nach seiner Rückkehr empfing er den offiziellen Dank des lokalen Kommandanten und die Glückwünsche seiner Waffenbrüder. Das dicke Ende kam aber bald nach. 30 Meilen über das Ende der intakten Eisenbahnstrecke hinaus lagerten die äußersten Burenkommandos rechts und links von der Linie und für diese 5000 Mann mußten die erforderlichen Lebensmittel 2c. über die ganze Strecke dieser trostlosen 30 Meilen durch Fuhrwerk transportiert werden, was natürlich viel Mühseligkeit, Aufenthalt und Verzögerung im Eintreffen der Rationen zur Folge hatte zum großen Mißvergnügen jener 5000 Mann. Als ich den Endpunkt der Linie verließ, wurde mir erzählt, daß der unternehmende Amerikaner alles Mögliche thue, um von den Kommandanten die nötige Hilfe für die Wiederherstellung der 30 Meilen-Eisenbahn zu erlangen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

die Wohnungsgelderhöhung durchweg auch in den Einkommensanschlag aufzunehmen oder statt dessen die Einführung besonderer Orts- oder Teuerungszulagen anzustreben sei, welche keinen Bestandteil des Einkommensanschlags zu bilden hätten und daher auf die Höhe der Ruhe- und Versorgungsgehalte ohne Einfluß sein würden. Auch die schon 1894 lebhaft erörterte Frage, ob die ledigen Beamten ohne eigenen Hausstand den Anspruch auf das gleiche Wohnungsgeld zu erheben hätten, wie die verheirateten Beamten, werde nochmals zu prüfen sein. Endlich werde auch zu erwägen sein, ob an der für die etatmäßigen Beamten in Aussicht genommenen Besserstellung nicht auch das nichtetatmäßige Personal in irgend einer Form beteiligt werden solle. Die Großh. Regierung hielt bei einer mündlichen Besprechung des Gegenstandes, die Mitte März d. J. stattfand, an diesen, schriftlich von ihr dargelegten Gesichtspunkten fest, deren Gewicht sich die Budgetkommission um so weniger entziehen konnte, als eben, wenn man nur eine prozentuale Aufbesserung der bestehenden Wohnungsgeldsätze vornimmt, die in den letzten Jahren in vielen Orten des Landes zutage getretenen Klagen über unrichtige Einrangierung dieser Orte in diese oder jene Wohnungsgeldklasse, denen offenbar eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist, nicht beseitigt werden können. Wir müßten uns sagen, daß angesichts solcher Verhältnisse eine grundsätzliche Neuordnung des Gegenstandes in der That vorzuziehen sei, und wir haben es daher begrüßt, als der Herr Finanzminister der Kommission gegenüber namens des Gesamtministeriums schließlich die Erklärung abgab, daß die Großh. Regierung dem nächsten Landtag eine Gesetzesvorlage unterbreiten werde, durch welche der Wohnungsgeldtarif im Sinne einer durchgreifenden Aufbesserung desselben mit Wirkung vom 1. Januar 1902 an revidiert werden solle. Eine solche durchgreifende Aufbesserung hält die Kommission in Uebereinstimmug mit den Herren Antragstellern wie mit der Großh. Regierung für dringend geboten. Es haben sich, wie allgemein bekannt, seit dem Jahre 1892, in welchem die vorhin von mir berührte Enquête gemacht worden ist, die Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht nur in den größeren, sondern auch in den mittleren und kleineren Städten des Landes in sehr erheblicher Weise verschoben, und zwar in der Art, daß fast überall, im Zusammenhang mit der Steigerung der meisten Preise überhaupt, eine zumteil sehr beträchtliche Zunahme der Wohnungspreise eingetreten ist. Daß davon die nicht im Besitze von Dienstwohnungen befindlichen Beamten und Lehrer hart betroffen werden, ist außer Frage, und es erscheint daher notwendig, die Wohnungsgelder, welche ja allerdings nach der Intention des Gesetzes keinen vollen Ersatz für den Mietaufwand gewähren, sich vielmehr nur als Wohnungsgeldzuschüsse darstellen sollen, ausgiebig zu erhöhen. Es ist schon oft gesagt worden, daß die Wohnungsfürsorge ein gutes Stück der gesamten sozialen Frage bildet. Es ist daher gewiß ein nobile officium für den Staat, in diesen Dingen mit gutem Beispiel voranzugehen und da, wo er nicht durch direkte Stellung von Dienstwohnungen helfend eingreifen kann, wenigstens durch Gewährung nicht kärglicher Wohnungsgelder die Hand dazu zu bieten, daß seine Beamten ihr Wohnungsbedürfnis in angemessener Weise befriedigen können. Es hat die Kommission speziell zu dem dermaligen Leiter unseres Finanzwesens das Vertrauen, daß von ihm in dieser Beziehung nicht nach kleinen, engherzig fiskalischen, sondern nach großen, die hohe Bedeutung der Wohnungsfürsorge überhaupt würdigenden Gesichtspunkten verfahren und daß also seitens der Großh. Regierung an die Revision des Wohnungsgeldtarifs in einem Sinn herangetreten werden wird, der von vornherein eine befriedigende Neuordnung der Frage in Aussicht stellen dürfte. Es soll diese Neuordnung, auch wenn sie erst im Laufe des Jahres 1902 zustande kommt, auf den 1. Januar 1902 zurückwirken. Bis dahin werden sich allerdings unsere Beamten, denen übrigens erst vor kurzem durch die Aufhebung der Wittwenkassenbeiträge eine nicht unwesentliche Verbesserung ihrer Lage zuteil geworden ist und denen für das Jahr 1904 eine allgemeine Revision des Gehaltstarifs in Aussicht steht, mit ihren Anliegen wegen Besserung des Wohnungsgeldtarifs gedulden müssen. Einzelne dieser Anliegen jetzt zu gesonderter Regelung herauszugreifen, ist nach Lage der Sache unmöglich, und die Kommission konnte daher auch in eine meritorische Behandlung der vorhin erwähnten Einzelpetitionen nicht eintreten, muß sich vielmehr darauf beschränken, die Großh. Regierung zu ersuchen, das darin Niedergelegte bei der bevorstehenden allgemeinen Revision des Wohnungsgeldtarifs in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Die Kommission ist hiernach zu dem Antrag gelangt, dessen Annahme ich dem hohen Hause empfehle:

1. Es sei die Großh. Regicrung zu ersuchen, jedenfalls dem nächsten Landtag eine Vorlage zu machen, durch welche mit Wirkung vom 1. Januar 1902 an eine Revision des Wohnungsgeldtarifs mit einer namhaften Erhöhung desselben herbeigeführt wird.

2. Es seien damit die angeführten sechs Petitionen für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. **Fieser** (nat.-lib.): Sein Antrag war von allen Fraktionen des Hauses unterstützt und war durch Rücksichten auf die veränderten Lebensbedingungen eingegeben und von der Erwägung ausgehend, daß unsere Budgetverhältnisse bessere geworden sind. Nicht der ganze Aufwand für das Wohnungsgeld, sondern nur ein Zuschuß kann seitens des Staates überhaupt gewährt werden, um den mittleren und kleineren Beamten einen standesgemäßen Lebensunterhalt und ökonomische Sicherstellung zu ermöglichen. Die Reform des Gehaltstarifs wird übrigens mehrere Landtage beschäftigen und nicht jeder Wunsch auf den ersten Anhieb erfüllt werden können. Wir werden ernhaft zu prüfen haben, ob der Staat in der Lage ist, ohne Steuererhöhungen solch umfangreiche Aufbesserungen zu gewähren. Es ist durchaus nicht gesagt, daß ab 1904 schon alle Aufbesserungen wirksam werden könnten, die Regierung habe erklärt, erst zu diesem Zeitpunkt der Frage näher treten zu können. Der Finanzminister habe recht mit seiner Auffassung von der Reform des Wohnungsgeldtarifs, wofür die verschiedensten Erwägungen in Betracht kommen. In einer Periode der Ueberschüsse wird indessen der Staat gerechten Forderungen und billigen Wünschen, wie sie uns vorgetragen worden sind, wohl entgegenkommen müssen. Es ist sehr erfreulich, daß die Anträge des Redners in der Kommission eine so einmütige und günstige Aufnahme gefunden haben.

Abg. **Lauck** (Centr.) kann sich nach den ausführlichen Darlegungen der Vorredner kurz fassen. Der Wohnungsgeldtarif war immer ein Schmerzenskind der Kommissionen und der Gedanke sei zu begrüßen, daß nunmehr, soweit denkbar, eine definitive Regelung eintreten solle. Er könne erfreulicher Weise ferner bestätigen, daß alle Parteien in dieser Frage einig seien. Auch in der Aufhebung der Witwenkassenbeiträge und Dienstkautionen sei Einigkeit in den Parteien vorhanden und die frühere Bereitwilligkeit hierzu nur an dem Widerstand des vormaligen Finanzministers gescheitert. Die Mietzinsen sind in den letzten Jahren ganz erheblich gewachsen und stehen in keinem Verhältnis mehr zu den bisher geleisteten Zuschüssen, nicht nur in den ganz großen, sondern auch in den kleineren und mittleren Städten. Es ist deshalb dringend notwendig, daß der Wohnungsgeldtarif abgeändert wird, um einige Erleichterung zu gewähren, bis der Gehaltstarif geändert wird. Sehr gerne hätte der Redner gesehen, wenn nach den alten Wünschen der Kommission noch auf diesem Landtag auch die Uebergangsbestimmungen gebessert worden wären. Daß die Lehrer aufgebessert werden müssen, wenn die Beamten mehr erhalten, das ist ganz selbstverständlich.

Abg. Dr. **Heimburger** (Dem.) spricht sich namens seiner Fraktion gleichfalls für die vorliegenden Kommissionsanträge aus. Die Anregung, den unverheirateten Beamten ein geringeres Wohnungsgeld zu geben, träufle Wehrmut in den Freudenbecher. (Heiterkeit.) Er hoffe, daß aber auch diese Frage mit dem üblichen Wohlwollen behandelt werden würde. (Heiterkeit.) Redner tritt sodann für Besserstellung der Lehrer und Einreihung derselben ins Beamtengesetz ein, was das Ziel sein müsse bei einer Revision des Gehaltstarifs. Schon vorher sei es eine Forderung der Gerechtigkeit und Notwendigkeit, die älteren Lehrer in bessere Bezüge zu setzen, weil sie der Wohlthaten des neuen Beamtengesetzes noch nicht lange teilhaftig geworden sind.

Abg. **Dreesbach** (Soz.) verzichtet auf längere Ausführungen, um Wiederholungen vorzubeugen, und erklärt namens seiner Fraktion Zustimmung zu den Anträgen. Bei einer Revision des Wohnungsgeldtarifs müsse für große Städte, wie z. B. Mannheim, eine besondere Ausnahme gemacht werden, weil es der Regierung sonst schwer fallen würde, die Beamtenstellungen in Mannheim im Interesse des Dienstes zu besetzen.

Ministerialrat **Nicolai** ist in der angenehmen Lage, die volle Uebereinstimmung der Großh. Regierung zu den vorliegenden Anträgen aussprechen zu können. Er kann hinzufügen, daß es keineswegs in der Absicht der Regierung liegt, Flickwerk zu machen oder kleinliche Rücksichten obwalten zu lassen, die Reform solle auch nicht schematisch, sondern aufgrund eingehender Prüfung der Verhältnisse stattfinden. Durch Erhebungen bei den Beamten selbst sollen die Grundzüge festgestellt werden, die Fragebogen sind schon im Druck und werden demnächst ausgegeben werden. Das Ergebnis werde die richtige Handhabe für die Beurteilung von „standesgemäßem" Aufwand hinsichtlich des Wohnungsgeldes bieten, das zweifellos sehr erheblich erhöht werden würde. Fraglich sei immerhin, ob dies im vollen Umfang möglich sei, eine gewisse Spannung wird immerhin bestehen bleiben, im Hinblick auf die Dienstwohnungen. Voraussetzung der Großh. Regierung ist allerdings die fortdauernd gute Entwickelung unserer Finanzlage, da wir mit einem ganz erheblichen Mehraufwand zu rechnen haben werden. Der Redner dankt dem Abg. Fieser für seine Anregungen und Ausführungen. Im Jahre 1904 wird der Beharrungszustand des jetzigen Beamtengesetzes erreicht sein, dann wird es Zeit sein, mit der Reform des Gehaltstarifs einzusetzen, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen kann. Auch den Wünschen der Lehrer werde mit vollem Wohlwollen entgegengekommen werden, das dieser wichtige Stand verdient. Für große Städte wie Mannheim werden allerdings Ausnahmen gemacht werden müssen, entweder durch Gewährung eines einheitlichen Wohnungsgeldes oder einer Orts- bezw. Teuerungszulage.

Abg. Dr. **Wilckens** (nat.-lib.) kann sich als Berichterstatter zum Schlußwort kurz fassen und den Wunsch, daß der Wohnungsgeldzuschuß in eigentliches Wohnungsgeld umgewandelt werde, nur unterstützen. Mit höheren Zuschußsätzen könne diesem Ziel gleichfalls nahe gekommen werden und auch er befürwortet eine rasche und günstige Erledigung der Uebergangsbestimmungen. Den Pessimismus teile er nicht, als ob die Reform des Gehaltstarifs mehrere Jahre beanspruchen würde. Auch 1894 habe man die betr. Umgestaltung in einer verhältnismäßig raschen Zeit herbeigeführt und mit der nötigen Energie und bei allseitigem guten Willen lasse sich auch zur gegebenen Zeit die Sache wesentlich beschleunigen. Mit großer Entschiedenheit tritt der Redner dafür ein, daß diese Frage einer baldigen Erledigung zugeführt werden muß. Indem nun Ihre Kommission ihrer Genugthuung Ausdruck giebt über die Absicht der Regierung: auf eine entsprechende Verbesserung der Lage der oben bezeichneten Hinterbliebenen und der nicht etatmäßigen Beamten bedacht sein zu wollen, stellt sie an das hohe Haus den Antrag:

1. die Großh. Regierung zu ersuchen, jedenfalls dem nächsten Landtag eine Vorlage zu machen, durch welche, mit Wirkung vom 1. Januar 1902 an, eine Revision des Wohnungsgeldtarifs mit einer namhaften Erhöhung desselben herbeigeführt wird,

2. im Hinblick auf die Erklärung der Regierung, daß sie noch diesem Landtag einen Gesetzentwurf, die Beseitigung der Witwenkassenbeiträge betreffend, vorzulegen bereit sei, den hierauf gerichteten Antrag als erledigt zu erklären, und

3. die sechs oben erwähnten Petitionen durch den von uns u Ziffer I gestellten Antrag ebenfalls als erledigt zu erklären,

der einstimmig angenommen wird.

Schluß der Sitzung ¾11 Uhr.

Nächste Sitzung: Samstag, 9. Juni, vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Beratung des Berichts der Petitions-Kommission über die Bitte des Stephan Stoll von Ofteringen, die volle Auszahlung von Brandentschädigungsgeldern betr. Berichterstatter: Abg. Henning. 3. Beratung der Berichte der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über a) die Bitte einer Anzahl Geschäftsleute der Stadt Ettlingen, die Aufnahme der Station Holzhof (Albthalbahn) in die direkten Gütertarife mit der badischen Staatsbahn betr. Berichterstatter: Abg. Schmid; b) die Bitte des Wolfthalbahn-Komitees um Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Wolfach nach Rippoldsau. Berichterstatter: Abg. Fischer II.

Ich mußte diese unglückseelige Strecke auf einem Ochsenwagen zurücklegen, da ich mein Gepäck nicht verlassen konnte. Bei Tage ritt ich im Schneckengange neben dem unförmigen Fahrzeuge her, streckte mich abends unter dem Plantuche aus und wurde während der Nachtreise in dem federlosen Vehikel in wahrhaft entsetzlicher Weise hin und hergeschüttelt, bis ich gegen Morgen unter einer Lawine von teilweise geplatzten Mehl- und Zuckersäcken beinahe begraben und erstickt wurde. Ich habe alle Beförderungsmittel in Südafrika, Ochsen- und Maultierwagen, Kapkarren 2c. versucht, würde aber immer unweigerlich vorziehen, zu reiten, wenn nicht die ewige Bagage-Frage nur zu häufig eine andere Reisemethode nötig machte

---

Kunst und Wissenschaft.

Aus der Gelehrtenwelt.

* **Nürnberg.** Der Philologe Oberstudienrat Dr. Autenrieth ist gestorben.

* **Berlin.** Der Dozent an der Technischen Hochschule Dr. Rubens wurde zum etatsmäßigen Professor an dieser Anstalt ernannt.

* **Riga.** Professor Dr. August Lieventhal, der einstige Direktor des baltischen Polytechnikums zu Riga, ist, wie dem „Berliner Fremdenblatt" geschrieben wird, am 1. Juni gestorben. Professor Lieventhal, Dozent der politischen Oekonomie, hat 25 Jahre hindurch eine erfolgreiche Lehrthätigkeit entfaltet. Die Russifizierung der baltischen Hochschule hat er nicht verwinden können. An dem Tage, da er vom Professor zum Professor-Adjunkt degradiert wurde, weil er nicht russisch lesen wollte, erlitt er infolge der Aufregung einen Ohnmachtsanfall im Auditorium, von dem er sich nur langsam erholte.

11. Evangelisch-sozialer Kongreß.

(Nachdruck verboten.)

S. u. H. **Karlsruhe**, 7. Juni.

II.

Die zweite Sitzung des evangelisch-sozialen Kongresses war der Wohnungsnot in Stadt und Land und ihrer planmäßigen Bekämpfung gewidmet. Der Referent Pfarrer Dr. Lehmann-Hornberg i. Baden ist der Meinung, daß eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot nur durch eine gesetzmäßige Aus- und Umgestaltung der die Wohnungsverhältnisse berührenden wirtschaftlichen Rechtsverhältnisse durchzuführen sei. Grundbedingung für jede Lösung der Wohnungsfrage ist eine Uebertragung des Dispositionsrechtes über den städtischen Baugrund aus den Händen des Privatbesitzes in die Hand der Gemeinde und zwar durch reichsgesetzliche Einführung eines kommunalen Enteignungsrechtes auf Baugrund. Durch ihr Aufsichtsrecht müßte die Kommune auf eine Einschränkung des Boden- und Wohnungszwischenhandels hinwirken. Sie müsse eine möglichst weitgehende Verwertung des Bodens und der Wohnungen durch die Interessenten anbahnen, indem sie für die Vermehrung des städtischen Grundbesitzes, städtische Bebauungspläne, Erbbaurecht und Baugenossenschaften sorge. Der Kredit für die selbständige Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses durch die minderbemittelten Volksschichten könnte mittels einer umfassenden staatlichen Organisirung des Baudarlehenswesens beschafft werden. (Beifall).

Der zweite Referent Landesrat Dr. Liebrecht-Hannover glaubt, daß die Wohnungsnot, die in Stadt und Land vorhanden sei und nicht allein die Arbeiterbevölkerung berühre, ohne Eingreifen der Staatsgewalt nicht bekämpft werden könne. Berufen zum Eingreifen sei in erster Reihe das Reich. Die Sache sei für einen gesetzgeberischen Akt reif. Die Invalidenversicherungsanstalten müßten zu staatlichen Organen für Wohnungsfürsorge ausgestaltet werden. Diese hätten dann planmäßig durch Geldbeschaffung und Darlehensgewährung den Bau gesunder preiswerter Wohnungen zu veranlassen. Ferner müßte das Reich auf dem Gebiete der Wohnungspolizei Reformen eintreten lassen (Beifall).

Es folgte dann eine längere Debatte.

Fabrikant Lechler-Stuttgart verlangt die Errichtung von Wohnungskommissionen und die Pfandbriefausgabe.

Professor Dr. Fuchs-Freiburg i. B. macht Mitteilungen über die vom Verein für Sozialpolitik in die Wege geleitete Wohnungsenquête. Redner warnt vor der Ueberschätzung der Bau- und Sparvereine als Mittel gegen die Wohnungsnot.

Pfarrer Zettelmann fordert ein Reichswohnungsgesetz.

Redakteur Damaschke-Berlin: Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage könnte die bürgerliche Gesellschaft Sozialpolitik treiben, zu der sie nicht von unten herauf gedrängt worden ist. Die Sozialdemokratie hat sich auf diesem Gebiete vollständig unfähig gezeigt und in vielen Fällen habe sich die Sozialdemokratie einer vernünftigen Wohnungspolitik widersetzt. Auf diesem Gebiete gebe es eine Harmonie zwischen Arbeitern und Bürgern, denen nur Grundstücksspekulanten und Bodenwucherer entgegenstehen. Durch eine vernünftige Besteuerung müsse dem Kapital das Geschäft unrentabel gemacht werden, damit es die Lust verliere, Schacher mit dem deutschen Grund und Boden zu treiben. Die Wohnungsfrage hänge innig mit der Bodenreform zusammen. (Starker Beifall.)

Pfarrer Naumann-Berlin, mit stürmischem Beifall begrüßt, betont ebenfalls den Zusammenhang der Wohnungsfrage mit der gesamten sozialen Frage. Das Reich müsse für eine Regelung des Wohnungs- und Ansiedelungswesens eintreten. (Großer Beifall.)

Dr. v. Mangoldt-Dresden empfiehlt die Annahme einer Resolution für ein Reichswohnungsgesetz.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. Adolf Wagner-Berlin spricht seine Genugthuung aus, daß heute hier Ansichten zum Durchbruch gekommen seien, die er schon 1872 bei der ersten Tagung des Vereins für Sozialpolitik vertreten habe. Wenn der Evangelisch-soziale Kongreß ausspreche, daß er auf diesem Gebiete den Grund für die bestehenden Schäden erblicke, so könne ihm niemand einen Vorwurf machen. Der Verein würde aber seine Kompetenz überschreiten, wenn er positive Vorschläge machen wollte. Gerade da gingen die Ansichten auch auseinander. Professor Wagner empfiehlt, die eingebrachte Resolution in diesem Sinne umzuändern. (Beifall.)

Die Debatte wurde hierauf geschlossen.

Gemäß den Vorschlägen Geheimerat Wagners wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Evangelisch-soziale Kongreß spricht sich abermals für die dringende Notwendigkeit einer umfassenden, durchgreifenden Reform unserer Wohnungszustände aus, die einen wesentlichen Faktor zur allgemeinen Gesundung unserer sittlichen Verhältnisse bedeutet. Der Kongreß erkennt dabei an, daß eine solche Reform von der blos privaten und genossenschaftlichen Thätigkeit aufgrund der bestehenden Rechtsnormen des Grund- und Hauseigentums nach bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten ist. Er hofft nur von einem Eingreifen der Gesetzgebung, sei es des Reiches oder der Einzelstaaten inbezug auf diese Rechtsnormen Abhilfe. Dabei ist er der Ueberzeugung, daß vor allem das Ziel sein muß, der Bodenspekulation, als eine Hauptursache der bestehenden Schäden, entgegenzutreten."

Die Verhandlungen wurden hierauf vertagt. Am Abend fand ein großer Volksabend statt, an welchem Naumann und andere bekannte Führer sprachen.

Der Volksabend,

der anläßlich des Evangelischen Kongresses gestern abend veranstaltet wurde, nahm um 8½ Uhr im großen Saale der Festhalle seinen Anfang. Die Versammlung war von etwa 1000 Personen, von denen nahezu die Hälfte Frauen waren, besucht. Mit einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Männergesangvereins „Concordia" wurde die Feier eröffnet.

Dann hielt Herr Geheimerat Schenkel in humorvoller Darstellung die Begrüßungsansprache. Er beleuchtete das Wachstum Karlsruhe's nach der Verkehrsrichtung, nach der sozialen Richtung, gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongreß, wenn er zu seinem 25jährigen Jubiläum wieder nach Karlsruhe kommen sollte, ebenso wie im vorigen Jahre in Kiel, auch in Karlsruhe einen Kanal vorfinden werde, der zum Rheine führe. (Stürmischer Beifall.) Er wünschte zum Schluß, daß die Gäste aus Karlsruhe eine angenehme Erinnerung mitnehmen mögen. (Großer Beifall.)

Der nächste Redner war Freiherr D. v. Soden, Professor der Theologie an der Berliner Universität. Der Redner feierte das evangelische Baden und gedachte bei dieser Gelegenheit des verstorbenen Hofpredigers Frommel, eines Badeners, von dem die Berliner Droschkenkutscher und Börsianer sagen: Das war unser Hofprediger! (Heiterkeit.) Frhr. v. Soden schloß mit einem von der Versammlung aufgenommenen Hoch auf das evangelisch-soziale Lande Baden.

D. Rade, Redakteur der „Christlichen Welt" in Marburg, sprach über das Thema „Politik und Sozial".

Nachdem der Männergesangverein „Concordia" wiederum einige Lieder vorgetragen, die wieder ungeteilten wohlverdienten Beifall ernteten, erhielt als Glanzpunkt des Abends Pfarrer Naumann das Wort. Mit atemloser Spannung lauschte die Versammlung den nahezu einstündigen Ausführungen des geistvollen Redners, der die allgemeinen sozialen Verhältnisse beleuchtete. Endloser Beifall folgte den Ausführungen des Redners. Mit einigen weiteren Vorträgen schloß der Abend.

S. u. H. **Karlsruhe**, den 8. Juni.

III.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung erstattete zunächst der Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses, Dr. Rohrbach-Berlin, den Geschäftsbericht, aus welchem zu entnehmen ist, daß der Evangelisch-soziale Kongreß im letzten Jahre etwa 100 neue Mitglieder gewonnen hat, sodaß die Mitgliederzahl z. Zt. über 850 beträgt. Das wieder eingetretene allgemeine soziale Interesse hat auch dem Kongreß Vorteile gebracht. Als einen schweren Verlust beklagt der Bericht den Uebertritt der Frau Gnauck-Kühne zum Katholizismus. Die Frauengruppe des Evangelisch-sozialen Kongresses hat sich aufgelöst. Es soll künftig im Anschluß an jeden Kongreß ein Thema zur Frauenfrage behandelt werden. Weiter konstatiert der Bericht, daß seit den ersten Jahren des Bestehens des Kongresses eine so freundliche Beteiligung der Regierungsbehörden nicht stattgefunden habe, wie in diesem Jahre.

Der Vorsitzende des Kongresses, Landesökonomierat Nobbe-Berlin, teilt mit, daß vom Prinzen Karl von Baden ein Brief eingegangen sei, indem er wiederholt sein Bedauern ausspricht, daß er infolge Krankheit nicht in der Lage sei, an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Vorsitzende bittet den Ueberbringer des Briefes, Präsident Schenkel, dem Prinzen den Wunsch auf baldige Genesung auszusprechen. (Beifall.)

Professor Dr. Deißmann überbringt die Grüße des engeren Senates der Universität Heidelberg. (Beifall.) Zwischen der Universität Heidelberg und dem Evangelisch-sozialen Kongreß bestünden durch Professor Max Weber, der leider in diesem Jahre durch Krankheit am Erscheinen verhindert werde, von jeher innige Beziehungen. (Beifall.)

Pfarrer Schäfer aus der Pfalz bittet, die nächste Tagung im Ruhrrevier abzuhalten.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß die Ortsfrage noch nicht erledigt sei. Das Aktionskomitee werde die dankenswerte Anregung gerne beachten, Voraussetzung sei allerdings, daß der Kongreß im Ruhrkohlenrevier einen Resonanzboden finde. (Zustimmung.)

Der Kongreß tritt dann in die Beratung des letzten Themas ein: Welche sittlichen und sozialen Aufgaben stellt die Entwickelung Deutschlands zur Weltmacht unserem Volke? Der Referent Prof. Dr. Rathgen-Marburg führte aus: Nach der glücklich beendeten halbjährigen Flottenagitation brauche er wohl in diesem Kreise nicht mehr zu erörtern, weshalb Deutschland seine Weltmachtstellung ausdehnen müsse. Wenn wir für unsere Kinder und Enkel eine Zukunft von Kraft und Leben schaffen wollen, so müssen wir die Frage in Betracht ziehen: welche Aufgaben uns aus der Weltmachtstellung erwachsen und ob wir diesen erweiterten Aufgaben gewachsen sind. In den Vordergrund muß die Erörterung treten, welche Verpflichtungen uns aus dem Uebergang zur Weltmachtstellung in unseren Beziehungen zu den anderen Völkern erwachsen. Wäre die Weltpolitik für das deutsche Volk wirtschaftlich unzweckmäßig, so wäre sie unbedingt vom Standpunkt der nationalen Selbsterhaltung abzulehnen. Der wirtschaftliche Nutzen sei aber wohl zweifellos als feststehend anzunehmen. Aber der wirtschaftliche Vorteil kann allein nicht die Richtschnur für uns sein. Die Völker der subtropischen Länder sind nicht fähig, sich aus eigener Kraft auf eine höhere Kulturstufe zu erheben und die reichen Naturschätze zu verwerten. Sie brauchen die belebende Kraft der europäischen Kultur. Ohne Entfaltung von Macht, ohne Gewalt wird es wohl nicht abgehen. Auch das Kind muß von der überlegenen Gewalt des Erwachsenen geleitet werden. Die Gewalt ist gerechtfertigt, wenn ihre Anwendung eine höhere Kultur zum Zweck hat. Aber Eroberung ohne Kultur und zur Ausbeutung ist verwerflich. Das wäre der Geist der Kolonialpolitik des 16. und 17. Jahrhunderts, dessen Unsegen uns heute Spanien und Portugal zeigen. Auf Kosten der Besitzungen darf der Nutzen der Herrschaft nicht erwachsen. Redner wendet sich gegen die rücksichtslose Entfaltung des Erwerbstriebes und der kapitalistischen Ausbeutungspolitik. Hieraus entsteht leicht ein Herrengefühl und eine Ueberhebung, die das Verhältnis zu den Eingeborenen vergiftet. Aus dieser Auffassung entspringt auch die Unduldsamkeit gegenüber den Sitten, Gebräuchen und Religionen der Eingeborenen. Das Leben draußen ist für viele mit der Gefahr verbunden, daß sie leicht in Roheit verfallen, und das umso mehr, je energischere und rücksichtslosere Charaktere sie sind. Wie viel gefährlicher und bedenklicher es ist, schwache, haltlose, schiffbrüchige Leute in die Kolonien zu schicken, bedarf keiner Erörterung. Um diese Erscheinungen zu erklären, braucht man nicht erst den Ausdruck „Tropenkoller" zu erfinden. (Heiterkeit.) Das sind die sittlichen und sozialen Gefahren im Uebergangsstadium der Weltpolitik, aus denen sich unsere Pflichten und Aufgaben ergeben. Die Eingeborenen sind auf eine gesellschaftlich höhere Stufe zu heben, damit sie widerstandsfähiger gegen die Einflüsse der Kultur gemacht werden. Nichts ist gefährlicher als ein plötzlicher Eingriff in die Sitten und die gesellschaftliche Organisation der Eingeborenen. Soweit es möglich ist, müssen die Eingeborenen von ihren eigenen Sitten und Autoritäten regiert werden. Jede Schwäche aber den Eingeborenen gegenüber ist kulturfeindlich, die feste Hand darf nicht erlahmen. Die Erziehung der Bevölkerung zur Arbeit liegt in deren eigenem Interesse und man braucht im gegebenen Falle auch nicht vor einem Zwang zur Arbeit zurückschrecken. Dieser Zwang darf aber nich im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung nach dem Ideal der Minenbesitzer von Kimberley geschehen (Beifall). Die tiefer stehen den Rassen können nicht sich selbst überlassen bleiben, sie sinken sonst stets wieder zur Barbarei zurück, wie da

traurige Schicksal von Haiti zeigt. Die Weißen müssen auf absehbare Zeit die Vormünder der niederen Völker bleiben und werden daher ihnen gegenüber die Herrenrasse sein. Die Bekämpfung der hierin liegenden Gefahren bildet den zweiten Teil unserer sittlichen Aufgaben. Hier fallen Kirche und Schule die wichtigsten Aufgaben zu. Unsere Neuheit auf dem Gebiete der Weltpolitik zeigt sich auch darin, wie wenig wir auf dem Gebiete der kirchlichen Organisation im Auslande, im Vergleich zu England und Frankreich, geleistet haben. Das englische Kirchentum ist gewiß Vielen unsympathisch, aber Niemand wird ihm die reiche sittliche Kraft desselben für die Volksgenossen über See absprechen wollen. (Lebhafter Beifall.) Der Anstoß zu solchen kirchlichen Organisationen im Ausland kann nur von der Heimat ausgehen. Ebenso ist es mit der Schule. Vom Standpunkt der sittlichen Aufgaben ist eine Pflege des Missionswesens notwendig. Der Uebergang zur Weltmacht muß uns nicht blos einen Schutz der Missionen durch das Reich bringen, er muß auch das Interesse der gebildeten Kreise unseres Volkes an den Missionen erwecken. (Lebhafter Beifall.) Ein Faktor ist noch von großer Wichtigkeit: die deutsche Frau im Auslande. (Beifall.) Die Wirtschaftspolitik in den Kolonien darf nicht nur darin bestehen, die Hilfsquellen möglichst rasch zu entwickeln. Der zäheste Widerstand muß gegen eine Profitwirtschaft gerichtet werden, damit nicht Raubbau mit Boden und Wäldern und dem kostbarsten Material in den Kolonien, dem Menschen betrieben wird. Wir brauchen dabei garnicht pharisäisch nur auf die englische Wirtschaft in Südafrika zu verweisen. (Sehr wahr!) Die sozialen Gesichtspunkte dürfen auch bei der überseeischen Weltmachtpolitik nicht außer Acht gelassen werden, auch auf die Gefahr hin, daß die Entwickelung der Kolonien sich etwas langsamer vollzieht. (Beifall.) Eine Weltpolitik ist nur möglich, wenn sie von der Gesamtheit der Volksgenossen getragen ist, wenn sie sich auf den Patriotismus der Massen stützt. Daraus ergiebt sich die Notwendigkeit sozialer Politik auch im Innern. Keine Weltpolitik ohne innere soziale Gesundheit! Neben der sittlichen Kraft, die aus einer gesunden sozialen Politik fließt, müssen wir manche Uebel, die noch von altersher in uns Deutschen stecken, abzustreifen suchen, wie Sonderbündelei, Kastengeist, Rechthaberei, Uneinigkeit. (Beifall.) Wir müssen als Volk die Sicherheit des Weltmannes zu gewinnen suchen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Der zweite Referent Dr. Lepsius-Lichterfelde polemisiert einleitend gegen die Auffassung, daß das Christentum aus der Politik fernzubleiben habe. Die christliche Macht beherrsche heute die Welt. Die Aufgaben einer Weltmacht greifen über die Ziele einer nationalen Politik hinaus. Mit der Ueberlegenheit, welche ihm das geschichtliche Erbe der Reformation über die romanischen und slavischen Völker gebe, müsse Deutschland seine Aufgabe als Weltmacht erfüllen. Wenn wir Deutschen unsere Weltmission erfüllen wollen, müssen wir Deutsche und Christen bleiben, wir dürfen nicht unsere innere Welt opfern, um die äußere zu erobern, aber wir dürfen auch nicht die Eroberung der äußeren Macht versäumen. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 8. Juni.

= **Die Großherzoglichen Herrschaften** begeben sich heute nachmittag 5.43 Uhr nach Schloß Baden zu längerem Aufenthalt.

= **Graf Rhena** ist heute vormittag 9.32 Uhr wieder von Berlin hier eingetroffen.

= **Festhallebankett.** Bei dem morgen Samstag abend ½9 Uhr zur Feier des 25jährigen Dienstjubiläums des Herrn Oberbürgermeisters Schnetzler im großen Festhallesaal stattfindenden Bankett ist die Galerie den Damen vorbehalten.

= **Die Mitglieder des Evangelisch-sozialen Kongresses** versammeln sich heute abend nochmals im Sommersaal des Stadtgartens, wo Professor Dr. Lepsius über Armenien sprechen wird. Jedermann hat hierbei Zutritt.

= **Vereinsbank Karlsruhe.** Das langjährige Mitglied des Vorstandes Direktor Leonhard Verblinger ist aus Gesundheitsrücksichten genötigt gewesen, sein Amt niederzulegen, und mit dem 1. d. M. aus dem Vorstand der Genossenschaft ausgeschieden. An seiner Stelle wurde der seitherige Kassenbevollmächtigte Wilhelm Betsch als Vorstandsmitglied von der Generalversammlung am 7. d. M. gewählt.

= **Sieben reiterlose Pferde des Leib-Dragoner-Regiments** rannten heute vormittag ½9 Uhr in starkem Galopp durch die Waldhorn- und Kaiserstraße der Durlacher Allee zu. An der Haltestelle der elektrischen Bahn wurden sie von einigen Männern angehalten und sodann durch Soldaten des von der Polizei verständigten Regiments wieder abgeholt. Die Pferde sollen bei einer Uebung in der Nähe von Hagsfeld durchgegangen sein; ein Unglücksfall ist nicht vorgekommen.

= **Unfall auf der elektrischen Straßenbahn.** Ein etwas schwerhöriger 70jähriger Herr, wohnhaft im Zirkel, wurde heute vormittag ¾11 Uhr, als er an der Karlstraße die Kaiserstraße überschreiten wollte, von einem dem Mühlburgerthor zufahrenden Motorwagen angefahren, stürzte zu Boden und erlitt eine erhebliche Quetschwunde an der Nase. Nachdem dem Verunglückten durch einen gerade zur Stelle gewesenen Heilgehilfen im Café Tannhäuser ein Verband angelegt worden war, wurde er in die am Friedrichsplatz befindliche Wohnung eines Sohnes, welcher Arzt ist, übergeführt. Der alte Herr war nach Augenzeugen einem vom Mühlburgerthor herkommenden Motorwagen ausgewichen und dabei in den nach der anderen Richtung fahrenden Wagen hineingelaufen. Den Wagenführer, der geklingelt und gerufen habe, soll keine Schuld treffen.

▭ **Aus dem Polizeibericht.** Aus dem Hofeingang einer Wirtschaft in der Adlerstraße, wurde einem Radfahrer am 5. d. M., abends zwischen 9 und halb 10 Uhr sein Fahrrad (Polizeinummer 8060) im Werte von 300 M. entwendet. — Auch die üblichen Taschendiebstähle auf der Messe meldet der Polizeibericht, die sowohl im Gedränge, als auch in Schaubuden vorgekommen sind. In beiden Fällen waren es Dienstmädchen, die vor lauter Staunen über die wunderbaren Herrlichkeiten nicht merkten, wie ihnen die Geldbeutel aus den, bei Langfingern mit Recht so beliebten hinteren Rocktaschen gestohlen wurden. Die eine büßt 5 M., die andere gleich 33 M. ein.

Amtliche Nachrichten.

* S. K. H. der **Großherzog** hat unter dem 6. bezw. 23. Mai Mai d. J. den nachgenannten Personen die folgenden Auszeichnungen verliehen, und zwar:

A. **den Hausorden der Treue:**

dem Kaiserl. und Königl. österreichisch-ungarischen Feldzeugmeister und Chef des Generalstabes Friedrich Frhrn. v. Beck;

B. **den Orden Berthold des Ersten:**

das Kommandeurkreuz zweiter Klasse:

dem Königl. Preuß. Obersten Grafen v. Kanitz, Kommandeur des Königin-Augusta-Garde-Grenadierregiments Nr. 4;

C. **den Orden vom Zähringer Löwen:**

1. das Großkreuz:

dem Königl. Preuß. Generalleutnant, General à la suite S. M. des Kaisers und Königs und Präses der General-Ordens-Kommission Eduard Prinzen zu Salm-Horstmar und dem Königl. Preuß. Generalleutnant v. Deines, Ober-Gouverneur der Prinzen Söhne S. M. des Kaisers und Königs;

2. das Kommandeurkreuz zweiter Klasse:

dem Königl. Kammerherrn und Schloßhauptmann Grafen Carmer in Berlin;

3. das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub:

dem Königlich Preußischen Oberstleutnant Freiherrn v. Reißwitz und Kadersin vom Königin Augusta-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4;

4. das Ritterkreuz erster Klasse:

dem Professor Esternaux, I. Hauptlehrer der Prinzen-Söhne S. M. des Kaisers und dem Oberlehrer Sachse, Lehrer der ältesten Prinzen-Söhne S. M. des Kaisers;

5. das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub:

dem Königl. Preuß. Hauptmann Bauer, Militärlehrer am Kadettenhaus in Ploen;

6. das Ritterkreuz zweiter Klasse:

dem Kastellan des Königl. Palais in Berlin, Nolde;

D. **Verdienstmedaillen:**

1. die kleine goldene:

dem Offizianten Dombrowski und dem Wagenmeister Schnaack in Berlin;

2. die silberne:

dem Leibgendarmen Asmus, dem Krongardisten Stasinowsky, dem Hofjäger Herrmann, dem Hoflakaien Sommer, dem Silberdiener Swade, dem Mundkoch Whrigt, dem Kellereidiener Petzel und den Leibkutschern Hennig und Wichmann, sämtlich im Dienste S. M. des Kaisers.

Handel und Verkehr.

* **Frankfurt a. M.,** 8. Juni. (Schlußkurse 1 Uhr 45 M.) **Wechsel** Amsterdam 168.90, London 204.25, Paris 312.25, Wien 842.33, Ital. 764.—, Privatdisk. 4¾. 4% Deutsche Reichsanl. (abg. 3½) 95.35, 3% Deutsche Reichsanl. 87.—, 3% Preuß. Konsols (abg. 3½) 95.20, 3½% Baden in Gulden 93.90, 3½% Baden in Mark 93.55, 3½% do. 95.55, 3% do. 1896 —.—, Oesterr. Goldrente 97.90, Oesterr. Silberrente 97.—, Oesterr. Lose von 1860 136.—, 4½% Portug. —.—, Deutsche Bank 196.10, Badische Bank 123.40, Rheinische Kreditbank 143.20, Rhein. Hypothekenb. 163.60, Pfälzer Hypothekenb. 163.70, Oesterr. Länderb. —.—, Schweiz. Central 145.90. Schweiz. Nordost 91.20, Schweiz Union 81.—, Jura-Simplon 88.20, Bad. Zuckerfabrik 82.90, Nordd. Lloyd 121.60, Hamb. Amerika 125.25, Maschinenfabrik Gritzner 185.—, Karlsruher Maschinenfabrik 267.—, La Veloce St.-A. Le —.—. Tendenz: fester.

* **Berliner Schlußkurse.** (Mitgeteilt von der Rhein. Kreditbank Karlsruhe.) Oesterr. Kredit-Aktien 221.60. Diskonto-Kommandit-Anteile 182.75. Deutsche Bank-Aktien 196.12. Darmstädter Bank-Aktien 136.50. Berliner Handelsges.-Anteile 155.62. Dresdener Bank-Aktien 154.75. Laurahütte-Aktien 241.—. Dortmunder Union 110.25. Bochumer Gußstahl-Aktien 227.—. Harpener Bergbau-Aktien 209.25. Hibernia Bergw.-Aktien 219.25. Concordia Bergw.-Aktien 315.25. Löwe-Aktien 370.—. Gelsenkirchen 197.—. Gesellschaft für elektr. Unternehm.-Aktien 136.—. Allgem. Elektrizitäts-Ges.-Aktien 236.10. Schuckert-Aktien ex. Div. 211.—. Deutsche Waffen- und Munitfbrk. 243.—. Schwarzkopf-Maschinen 230.25. 5proz. Italienische Rente 94.90. Privatdiskonto 4¾ Proz.

* **Paris,** 8. Juni. An der heutigen Börse notieren: 3proz. Rente 101.17, 5proz. Italiener 94.80, Spanier 72.70. Türken D 23.32, Banque Ottomane 567.—, Rio Tinto 12.80.

Die Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt legt in diesen Tagen fünf Millionen Mark vierprozentiger Grundrentenbriefe außer an anderen Plätzen auch in Karlsruhe bei dem Bankhause Heinrich Müller zum Kurse von 98.25 Proz. zur öffentlichen Zeichnung auf. Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Kleine Chronik.

* **München,** 7. Juni. Das Ministerium des kgl. Hauses und des Aeußern hat mit Entschließung vom 22. Mai das von der Firma Sager u. Woerner eingereichte und von der Stadtverwaltung warm befürwortete Gesuch um Verleihung einer Konzession für eine elektrische Bahn München-Sendling-Starnbergersee mit Rücksicht auf die Interessen der Staatseisenbahnverwaltung abgewiesen.

* **Berlin,** 6. Juni. Die Entscheidung in dem Mordprozeß Gönczi steht bereits in der nächsten Woche bevor. Mit einem Briefe, welcher recht deutlich die Stimmung des zum Tode verurteilten Raubmörders wiederspiegelt und den wir deshalb hierunter zum Abdruck bringen, übersandte Gönczi seinem Verteidiger die Benachrichtigung der Oberreichsanwaltschaft, daß in seiner Sache der Termin vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung der von ihm gegen das Todesurteil eingelegten Revision auf den 12. d. M., vormittags 9 Uhr, anberaumt worden ist. Das Gönczi'sche Schreiben lautet: „Berlin, 2. Juni 1900. An Hochwohlgeboren Herrn Dr. Herbert Fraenkel Rehzanwalt Molkenmarkt 7 zu Berlin. Hochgeehrter Herr Dr. Herbert Fraenkel! Ich bitte Allerunterthänigst, um Entschuldigung das Ich so frei, bin und mir erlaube diesen Termin Schrift, An Herrn Dr. zuschicken. Wenn Ich bitten, darf Herrn Dr. und sich über mich erbarmet, und so gut sein Wollen für einen Unschuldigen Mit Ihrem Gnädiglicher Hohen Schuz zu nähmen und durch dem Allmächtiger Gott sein Wille und seinem Wunder mich Herr Dr. Beihilftig sei. Möge, dieses ist Mein gefaltete Händen bitte An Herrn Hochherzigen Herrn Dr. durch dem Lieben Gott, wird Meinem Bitte Erhöret. Allerunterthänigster Bittet Josef Gönczi." — Der Verteidiger beabsichtigt, die Revision in Leipzig zu vertreten.

Letzte Nachrichten.

w **Potsdam,** 8. Juni. Der Kaiser nahm heute die Besichtigung des Regiments Gardes du Corps und des Regiments Leibgarde-Husaren auf dem Bornstädter Felde vor. Die Kaiserin wohnte der Besichtigung bei.

w **Berlin,** 8. Juni. Reichstag. Das Haus nahm in 3. Beratung ohne Debatte die Deklaration zu Artikel 35 der internationalen Sanitätskonferenz in Venedig vom 19. März 1899 an.

Es folgt die 2. Beratung des von Abg. Müller-Fulda eingebrachten Gesetzentwurfes, betr. Abänderung des Reichsstempelgesetzes, beginnend mit dem Tarif.

Abg. Bassermann erklärt namens seiner Freunde, er sei im allgemeinen mit dem Kommissionsvorschlage einverstanden und befürwortet einen Abänderungs-Antrag zu I. (Aktien, Renten und Schuldverschreibungen), der lediglich das Gesetz erläutern soll.

Abg. Arnim schließt sich dem Kommissionsantrage an und bittet im Uebrigen an den Kommissionsbeschlüssen festzuhalten. Die Eingaben der Börsenkreise seien Humbug.

Abg. Müller-Fulda erklärt sich mit dem Antrage Bassermann einverstanden.

Der Antrag wird schließlich angenommen, ebenso auch Tarif 1a und 1b.

Es folgt Tarif 1c: Besteuerung der Kuxe.

Abg. Oriola stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu.

w **Berlin,** 8. Juni. Der große Kreuzer „Hansa" ist am 7., der kleinere „Gefion" am 8. d. Mts. von Tsintau nach Taku abgegangen.

w **Hannover,** 8. Juni. Die Ruhestörungen infolge des Straßenbahnstreiks dauern fort. Fenster wurden zertrümmert und die Schutzleute mit Steinen beworfen. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

w **London,** 7. Juni. Von einer politischen Aktion der Mächte in China ist gegenwärtig keine Rede. Die Gesandten beraten in Peking, ebenso wie die Konsuln in Tientsin gemeinsam über die Maßnahmen zum Schutze von Leben und Eigentum. Die Befehlshaber der Geschwader handeln in Verbindung mit den Gesandten in Peking und beraten gleichfalls gemeinsam. In wohlunterrichteten Kreisen heißt es, es sei keine Rede davon, daß irgend eine Macht unabhängig von den anderen vorgehe. Man schenkt den Berichten, daß russische Truppen bereit seien, in China einzurücken, keinen Glauben. Man hält es aber für wahrscheinlich, daß russische Truppen von Port Arthur abgezogen seien. Hinsichtlich des Vorgehens der Vereinigten Staaten hegt man keinen Zweifel, daß der amerikanische Gesandte in Peking, soweit es sich um den Schutz von Leben und Eigentum handelt, mit seinen europäischen Kollegen Hand in Hand geht. Anderseits aber glaubt man nicht, daß die Vereinigten Staaten sich in politische Maßnahmen werden verwickeln lassen.

w **Glasgow,** 7. Juni. Der Führer der Opposition, Campbell-Bannerman, führte in einer Rede aus, der endgiltigen Regelung der südafrikanischen Frage müsse eine besonnene Behandlung beider Arten von Unterhanen in der Kapkolonie, Engländer wie Holländer, zugrunde gelegt werden, für welche letzteren das größte Interesse in Frage käme. Die eroberten Staaten müßten zum Reich gehören, aber unter der festen Begründung der Reichsgewalt müßte England die Versöhnung anstreben und sobald wie möglich die Rechte der Staatsautonomie verleihen. Diese Unabhängigkeit ist notwendigerweise stark beschnitten und eigentlich wertlos, und er würde die entsprechende Unabhängigkeit der Verwaltung als Großkolonie vorziehen.

w **Petersburg,** 8. Juni. Der Kaiser empfing den deutschen Geschäftsträger, Gesandten v. Tschirschky-Bögendorff, in Szarskoje-Szelo in Privataudienz.

w **Tientsin,** 7. Juni. Etwa 20 Meilen von Tientsin in der Richtung auf Taku ist zwischen Chinesen und Boxern ein Gefecht im Gange. Gestern kam es auf der Straße nach Taku zu einem Zusammenstoß. Auf dem hiesigen Bahnhofe warten 75 englische Marinesoldaten auf die Erlaubnis, nach Peking zu fahren. Es heißt, daß die Chinesen ihnen Schwierigkeiten in den Weg legen. Bei Paokingfu sollen die chinesischen Truppen geschlagen worden sein. Zwei französische Kreuzer „D'Entrecasteaux" und „Jean Bart", sowie ein russischer „Rossija" sind in Taku eingetroffen.

w **Peking,** 7. Juni. Das Tsungli-Yamen versprach, daß die Eisenbahnverbindung am Samstag wieder hergestellt sein werde. Zugleich protestierte es dagegen, daß noch immer englische Truppen gelandet werden. Es heißt, britische Marinesoldaten erhielten Befehl, den Weg nach Peking zu erzwingen. Im ganzen seien 90 Mann gelandet worden, eine Truppenmacht, welche größer sei, als die aller anderen Mächte zusammengenommen.

Der südafrikanische Krieg.

w **London,** 8. Juni. Der Korrespondent des „Daily Expreß" berichtet über eine Unterredung, die er in Machadedorp mit Krüger und Präsident Steyn im Eisenbahnwaggon hatte. Krüger erklärte, die Besetzung Pretorias bedeute nicht das Ende des Krieges. Die Burghers seien durchaus entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen. Der Feind sei in das Land eingedrungen, habe es aber nicht erobert. Die Regierung sei noch in Thätigkeit. Ich werde das Land nicht verlassen. Erst jetzt habe der eigentliche Kampf begonnen. Ich fürchte, es wird noch viel Blut fließen. Der Staatssekretär bemerkte, der Guerillakrieg werde sich über ein großes Gebiet erstrecken. Die Buren würden sich nach Lydenburg zurückziehen, wo sie Monate Widerstand leisten könnten.

w **Mafeking,** 8. Juni. Oberst Plumer hat am 28. Mai Zeerust ohne Widerstand genommen.

w **Campbell** (Griqualand West), 8. Juni. Es wird gemeldet, daß General Warren am 5. Juni Campbell ohne Widerstand besetzte.

z **Frankfurt a. M.** (Telegraphischer Börsenbericht.) Ruhiger Verkehr. Montanwerte nur wenig erholt. Banken ruhig. Bahnen sehr still. Inländische Fonds preishaltend. Zum Schluß Montan etwas befestigt.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt,
Reklamen und Inserate: Ludwig Lorbach, beide in Karlsruhe.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Samstag, 9. Juni. (Vorst. außer Ab. z. erm. Preisen.) **„Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand".** Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Sonntag, 10. Juni. (B. 57.) **„Regina".** Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Bahnverbindung Karlsruhe—Baden-Baden.

Karlsruhe	ab V.	1.56	3.28	5.22	6.33	7.09	8.12	8.15	8.52	9.36 D †)	11.15
Baden	an „	2.49	4.25	6.36	7.18	8.20	8.56	9.33	9.33	10.18	12.24
Karlsruhe	ab N.	12.23	12.36	2.07 §)	2.22	3.18	4.00	4.20	4.48	5.41	
Baden	an „	1.08	1.20	2.56	3.28	4.03	5.04	5.04	5.32	6.36	
Karlsruhe	ab N.	5.43 †)	6.20	7.37	8.19	9.35 ?)	9.40 ?)	10.44 ‡)	11.43 ±)		
Baden	an „	6.23	7.43	8.21	9.45	10.26	10.41	11.25	12.46		

Baden	ab V.	1.32	4.05 ‡)	3.49	5.22	7.52	8.25	10.27	10.35	
Karlsruhe	an „	2.17	4.47	5.40	6.40	8.45	9.25	11.15	11.26	
Baden	ab V.	10.35	11.59 †)	11.50 D †)						
Karlsruhe	an „	11.50	12.37	12.41						
Baden	ab N.	12.48	1.26	1.34	4.12	4.40 D †)	5.04	5.52	6.36 ?)	6.36
Karlsruhe	an „	1.35	2.06	2.48	5.20	5.36	5.45	6.59	7.18	7.25
Baden	ab N.	7.12 §)	7.22	7.22	7.22	8.21 ?)	8.40	10.10 §)	10.10	
Karlsruhe	an „	7.57	8.04	8.09	8.16	9.17	10.05	10.55	11.25	
Baden	ab N.	11.52	12.22.							
Karlsruhe	an „	12.43	1.24.							

†) 1. und 2. Klasse. §) Sonntags, sowie am 24. Mai, 4., 14. und 29. Juni, 15. August und 8. September. ?) Sonn- und Feiertags und 8. September. ‡) Nur 1. Klasse mit Zuschlag. ±) Nötigenfalls erst 20 Minuten nach Schluß des Hoftheaters.

Meteorologische Beobachtungen vom 8. Juni, morgens 8 Uhr.

Ort	Barom. 0 Gr. n. d. Meeresniv. red. in Mill.	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Temperatur in Celsiusgraden
Stornoway	756	OSO	mäßig	bedeckt	10
Blackfod	757		still	halb bed.	12
Shields					
Scilly	761	WSW	frisch	wolkig	14
Isle d'Aix	766	WNW	schwach	halb bed.	15
Paris	763	SSW	leicht	wolkig	14
Vlissingen	759	WSW	mäßig	wolkig	13
Helder	757	SW	leicht	bedeckt	17
Christiansund	754	NNO	stark	Nebel	7
Skudesnaes	752	SSW	leicht	bedeckt	8
Skagen	754	WSW	mäßig	bedeckt	10
Kopenhagen	756	W	leis. Zug	bedeckt	11
Karlstad	753	S	mäßig	bedeckt	11
Stockholm	754	NO	mäßig	bedeckt	11
Visby	754	SO	mäßig	bedeckt	13
Haparanda	760	ONO	stark	heiter	8
Borkum	756	SSW	leicht	bedeckt	13
Keitum	755	SW	mäßig	bedeckt	13
Hamburg	757	SW	mäßig	heiter	15
Swinemünde	757	WNW	leicht	halb bed.	15
Rügenwaldermünde	757	WSW	leicht	wolkenl.	11
Neufahrwasser	757	W	mäßig	halb bed.	16
Memel					
Münster (Westf.)	759	W	leis. Zug	bedeckt	12
Hannover	757	SSW	leicht	halb bed.	15
Berlin	758	W	leicht	bedeckt	18
Chemnitz	761	SSW	schwach	Regen	13
Breslau	759	NW	schwach	heiter	16
Metz	762	SW	schwach	wolkig	12
Frankfurt (Main)	761	SW	leicht	heiter	16
Karlsruhe	762	SW	frisch	halb bed.	15
München	763	W	mäßig	Regen	11

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. vom 8. Juni.

Einem barometrischen Maximum über dem südwestlichen Mitteleuropa liegt heute ein Depressionsgebiet gegenüber, das Minima über dem mittleren Skandinavien und bei St. Petersburg aufweist. In Deutschland, das auf der Grenze zwischen hohem und niedrigem Luftdruck liegt, ist das Wetter unbeständig und stellenweise regnerisch. Eine wesentliche Witterungsänderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

	Barometer	Therm. Celsius	Absol. Feuchtgk.	Relat. Feuchtgk. in %	Wind	Himmel	Bemerk.
7. Juni nachts 9 Uhr	748,6	18,4	10,5	68	SW	bedeckt	—
8. „ morg. 7 Uhr	750,3	15,0	10,5	83	SW	heiter	—
8. „ mitt. 2 Uhr	750,1	19,9	9,5	49	W	heiter	—

Höchste Temperatur am 7. Juni: 21,8, niedrigste in der darauf folgenden Nacht 14,0. Niederschlagsmenge am 7. Juni: 1,5 mm.

Frau Emilie Gigar
Atelier für elegante Damenschneiderei.
Karlsruhe, Kaiserstrasse 125, III. 1958.39.25

Eheschließungen.

Karlsruhe, 7. Juni. Oskar Hartnagel von hier, Kaufmann, mit Friede Zeitvogel von hier.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir hierdurch die schmerzliche Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigstgeliebten Sohn und Bruder,

Alfred,

Apotheker in Jestetten,

im Alter von 29 Jahren gestern abend 9 Uhr schnell und unerwartet in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

J. A. Merz, prakt. Arzt und Familie.

Lichtenau i. B., den 6. Juni 1900. 3146.1

Nutzholz-Verkauf.

Nachstehende Langhölzer aus dem Welchenthaler Spitalwalde, Gemarkung Ebnet, sollen im Submissionswege verkauft werden:

Anzahl	Hölzer	Klasse	Festmeter	Anschlag M.	Pf.
50	Tannene Stämme	I.	164,07	3937	68
61	" "	II.	114,05	1519	10
92	" "	III.	105,37	2107	40
61	" Klötze	I.	121,10	2906	40
41	" "	II.	40,50	810	—
7	Buchene "	I.	12,16	304	—

Angebote auf einzelne Hölzer oder im Ganzen sind mit der Aufschrift „Holzkauf" bis zum 16. ds. Mts., morgens 11 Uhr, bei der unterzeichneten Verwaltung verschlossen einzureichen, welche zu genannter Stunde im Beisein der Submittenten die Angebote öffnen wird.

Das Holz wird auf Verlangen von Waldhüter Willmann in Ebnet vorgezeigt.

Freiburg im Breisgau, den 5. Juni 1900.

Heiliggeistspitalverwaltung.

Schlager. 3109.1

Der 32. Verbandstag des Verbandes der Unterbadischen Kreditgenossenschaften

findet am 15. und 16. Juni 1900 zu

Achern

statt. 3141.2,1

Die Genossenschaften und Freunde des Genossenschaftswesens sind hiermit zu zahlreicher Teilnahme angelegentlichst eingeladen.

Der Verbandsdirektor:
Wilhelm Finckh.

Teilhaber-Gesuch.

Bedeutendes, lukratives Fabrikgeschäft sucht wegen Betriebserweiterung einen stillen Teilhaber mit größerer Kapitalanlage gegen hohe Gewinnbeteiligung. Gefl. Offerten unter Chiffre **L. 2940 Q.** an **Haasenstein & Vogler, Basel,** erbeten. 3122.3.1

Burk's Arznei-Weine.

Prämiirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881, Porto Alegre 1881, Wien 1883, Leipzig 1892, Baden-Baden 1896.

Analysiert im Chem. Laborator. der Kgl. württ. Centralstelle f. Gewerbe u. Handel in Stuttgart. — Von viel. Aerzt. empfohl.

In Flaschen à ca. 100, 260 und 700 Gramm. — Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit z. Kurgebrauch.

Burk's Pepsin-Wein. (Pepsin-Essenz.) Verdauungs-Flüssigkeit. Dienlich bei **schwachem** oder **verdorbenem Magen, Sodbrennen, Verschleimung,** bei den Folgen übermässigen Genusses von Spirituosen etc. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.

Burk's China-Malvasier, ohne Eisen, süss, selbst von Kindern gern genommen. In Fl. à M. 1.—, M. 2.— u. M. 4.—.

Burk's Eisen-China-Wein wohlschmeckend und leicht verdaulich. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.

Mit edlen Weinen bereitete Appetit erregende, allgemein kräftigende, nervenstärkende und Blut bildende diätetische Präparate von hohem, stets gleichem und garantiertem Gehalt an den wirksamsten Bestandtheilen der Chinarinde (Chinin etc.) mit und ohne Zugabe von Eisen.

Man verlange ausdrücklich: **Burk's Pepsin-Wein, Burk's China-Wein** u. s. w. und beachte die Schutzmarke, sowie die jeder Flasche beigelegte gedruckte Beschreibung.

Zu haben in den Apotheken.

Sommer- u. Winterstat. 2590 P. F. = 843 Mtr. ü. d. M. **Oberstdorf.** Südlichste Spitze des deutschen Reiches. Telegr.- u. Eisenbstat.

Besuchtester Sommerkurort des bayer. Algäus; unübertroffene Mannigfaltigkeit der Touren; geschützte Lage, staubfreie Luft, ausgedehnte, schattige Spaziergänge; gute Gasthöfe und Pensionen, billige Preise; Privatwohnungen in genügender Anzahl. — **Moorwasser- und Seebäder. Fischereigelegenheit und Kahnfahrt. 2 Aerzte.** 1964.7.5

Nähere Auskunft erteilt **Der Verschönerungsverein.**

1100 m über Meer. **Isenfluh** 1100 m über Meer.

in Interlaken

Hotel-Pension Jungfrau

Bahnstation: **Zweilütschinen.**

Höhenkurort in herrlicher, staubfreier Lage, gegenüber der Jungfrau. Vorzüglich geeignet zu längern oder kürzern Kuren. Ausgedehnte Tannenwaldungen. Ausgangspunkt zu den prächtigsten Touren. Bescheidene Preise bei sehr guter Verpflegung. Bäder. Telephon. Familienarrangements. Prospekte durch den Besitzer [2903.2.1] **Fr. Sterchi.**

Luftkurort Gresgen,

750 m ü. M. ½ Stunde v. der Bahnstation Zell i. W.

Für Erholungsbedürftige ärztlich empfohlen, vorzügliche reine Bergluft, reizende Spaziergänge mit Aussicht auf die Alpen.

Gasthaus z. Löwen

empfiehlt sich zur Aufnahme von Fremden, **schöne, gesunde, gut eingerichtete Zimmer mit guten Betten. Reelle Weine u. Speisen, eigene Milchwirtschaft. Forellen. Restauration** zu jeder Tageszeit.

Vereine und Gesellschaften billiger Mittagstisch. Billige Pension. Bäder im Hause.

Es empfiehlt sich bestens 2978.8.1

Joh. F. Brunner,
z. Löwen.

Donaueschingen Soolbad und Luftkurort.

Hôtel Falken „zur Post".

Freie, südliche Lage inmitten schöner Gartenanlagen. Sool-, Fichtennadel- und Douche-Bäder im Hause. Inhalation. Electrische Beleuchtung. Telephon. Speisesaal. Billard. **Pension.** 2473.6.4

4% Grundrentenbriefe (Reihe III)

der

Mitteldeutschen Bodenkredit-Anstalt in Greiz.

Die Zeichnung auf **Nom. 5 Millionen Mark** der obigen Grundrentenbriefe findet am

Dienstag den 12. Juni ds. Js.

zum Course von 98,25% statt.

Anmeldungen hierzu werden von der nachgenannten Zeichnungsstelle

Heinrich Müller, Karlsruhe,

bei welcher **der Prospekt nebst Subskriptionsbedingungen** zur Einsichtnahme aufliegt, von jetzt ab und am Zeichnungstage entgegengenommen.

Den von der unterzeichneten Anstalt ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefen, Grundrentenbriefen und Kommunalobligationen ist durch § 137 des Landesgesetzes vom 26. Oktober 1899 — S. 25 ff. der Gesetzsammlung für das Fürstentum Reuss Aeltere Linie — die Mündelmässigkeit verliehen worden.

Greiz, den 29. Mai 1900. 3137.1

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt.

Höhenluft-Kurort Schweigmatt, 800 Meter ü. d. Meer.

im südwestlichen badischen Schwarzwald.

Bahnstation Hausen-Raitbach der Linie Basel-Zell. 50 Minuten zur Bahn. Post u. Telegraph.

Dicht an ausgedehnten **Tannenwäldern** mit zahlreichen, wohlgepflegten, trockenen und schattigen **Spazierwegen** mit **Ruhebänken,** gelegen; **herrliche Rundsicht,** grossartiges **Alpenpanorama. Aussichtsturm** auf der Hohe Möhr 1000 m. ü. M., ½ Stunde vom Kurort entfernt, der die Alpenaussicht von Schweigmatt noch so erweitert, dass die ganze Kette vom Montblanc bis zu den bayerischen Alpen sichtbar sind und zugleich einen prachtvollen **Ausblick** auf **Jura, Vogesen** und **Schwarzwald** bietet.

Kurhaus Schweigmatt, Hotel und Pension. Besitzerin A. Uehlin Wwe. in Firma Gg. Uehlin, Schweigmatt und Schopfheim.
Pensionshaus Reinh. Bühler.

Pensionshaus Wilhelm Jenny.
" **August Klemm.**
" **Eduard Klemm.**
" **Albert Schmidt.**

Im **Juni** und **September** gewähren Kurhaus und die Pensionen **ermässigte Pensionspreise. Arzt** täglich im Kurhaus.

3133.2.1 **Der Schweigmatt-Verein.**

Für 2397.4.4

Baden

wird ein

Inspector

(Direktionsbeamter) von einer alten, gut eingeführten Lebens- und Unfall-Versicherungsgesellschaft gegen höheres Gehalt gesucht.

Ausführliche Offerten unter T O 887 an **Haasenstein & Vogler, A.-G.** in **Karlsruhe** erbeten.

Großh. Badische Staats-Eisenbahnen.

Die Lieferung des Bedarfs an Bahnwartsdienstkleidern für das 4. Quartal l. J., sowie für die Jahre 1901, 1902 und 1903, soll im Wege öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote hierauf sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „Bahnwartsdienstkleider" versehen bis spätestens

Montag den 25. d. Mts., vormittags 10 Uhr,

anher einzureichen. 3113.3.1

Lieferungsbedingungen und Angebotsbogen werden von uns auf portofreie Anfrage abgegeben. Musterstücke liegen bei uns zur Ansicht auf.

Karlsruhe, den 6. Juni 1900.

Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Großh. Badische Staats-Eisenbahnen.

Mit Giltigkeit vom 15. Juni 1900 wird zum Badischen Binnengütertarif der Nachtrag X ausgegeben. 3181

Er enthält u. A. ermäßigte Frachtsätze der Klassentarife für Wagenladungsgüter der Station Kehl transit nach und von Basel Bad. Bahn und Leopoldshöhe, sowie ermäßigte Frachtsätze für Getreide aller Art im Verkehr von Kehl nach den Badisch-schweiz. Uebergangsstationen Konstanz, Schaffhausen, Singen und Waldshut. Außerdem sind in dem mit Giltigkeit vom 1. Mai 1900 eingeführten Nachtrag IX zum badischen Gütertarif einige Berichtigungen und Ergänzungen [illegible] geführt worden.

[illegible] Auskunft erteilen die Stationen und das diesseitige Güttertarifbureau.

Die besondere Zusatzbestimmung zu § 68 der Verkehrsordnung ist gemäß Ziffer I (3) genehmigt worden.

Karlsruhe, den 2. Juni 1900.

Großh. Generaldirektion.

Großh. Badische Staats-Eisenbahnen.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die nachgenannten Arbeiten zur Herstellung eines **doppelten Weichenwärterhauses** mit St. Ilgebäude auf dem **alten Bahnhof Rastatt** sollen im Wege öffentlicher Verdingung im einzelnen oder im ganzen vergeben werden.

1. Grab- und Maurerarbeiten.
2. Steinhauerarbeiten.
3. Zimmerarbeiten.
4. Dachdeckung.
5. Blechnerarbeiten.
6. Gypserarbeiten.
7. Schreinerarbeiten.
8. Glaserarbeiten.
9. Schlosserarbeiten.
10. Anstreicherarbeiten.

Pläne, Arbeitsbeschriebe und Bedingungen liegen auf meinem Geschäftszimmer, Kriegstraße Nr. 17 in Karlsruhe, zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebotsformulare zur Einsetzung der Einzelpreise seitens des Bewerbers kostenfrei erhoben werden können. Zusendungen nach auswärts finden nicht statt.

Die Angebote sind spätestens bis zu der am **18. Juni, vormittags 9 Uhr** stattfindenden Verdingungstagfahrt portofrei und mit entsprechender Aufschrift nebst Arbeitsangabe versehen auf diesseitigem Geschäftszimmer einzureichen. Angebote ohne die nötige Aufschrift werden nicht berücksichtigt.

Zuschlagsfrist 3 Wochen. 3119.2.1

Der Gr. Bahnbauinspektor des Bezirks Rastatt.

Antritt sofort.

Resp. Ia. Hamburg. Haus zahlt sol. Herren 120 M. pr. Mon. **und** hohe Prov. für **Cigarrenverkf.** an Wirte, Private ꝛc. Off. u. **O. 3244** an **G. L. Daube & Co., Hamburg.** 2821.1

Forstamt Neuenbürg
Revier Hoffstett.

Stammholz-Verkauf

am Donnerstag den 21. Juni, vormittags 10 Uhr,

auf dem **Rathaus** in **Calmbach:**

aus I. Frohnwald, Abt. 33 Teufelsberg, 37 Hirschbrunnen, 48 Hardt, 55 Ludwigstann, 59 Fuchsweg, 60 Sägberg, 62 Eichwald, 63 Schulzenteich;

aus II. Bergwald, Abt. 26 Christophsriß, 35 Schnupfengrund, 44 Bord. Sommerberg, 50 Wolfsäckerle;

aus III. Schindelhardt, Abt. 7 Rehplatte, 8 Schindelkopf, 9 Mühlloch.

Rotforchen

2670 St. Langholz mit Fstm.: 425 I., 1570 II., 1089 III., 326 IV., 21 V. Kl., 134 St. Sägholz mit Fstm.: 35 I., 26 II., 19 III. Kl.

Tannen

1980 St. Langholz mit Fstm.: 43 I., 80 II., 197 III., 488 IV., 53 V. Kl. 49 St. Sägholz mit Fstm.: 7 I., 6 II., 8 III. Kl.

Auszüge sind vom Kameralamt Altensteig erhältlich.

Die **Rotforchen** sind von **vorzüglicher Qualität.** 3124.1

Schwämme

in großer Auswahl und frischer Sendung

empfiehlt 3136.4.1

Louise Wolf Ww.,

4 Karl-Friedrichstraße 4.

Niederlage sämtlicher Erzeugnisse von F. Wolff & Sohn.

Putze nur mit Globus-Putz-Extract.

1825.4.4

Metallfussboden-Glanzlack,

in allbekannter Güte seit langen Jahren aus den besten Rohstoffen selbst hergestellt und darum bei einmaligem Anstrich unter allen anderen farbigen Lacken den höchsten Glanz, die größte Härte und Dauerhaftigkeit besitzend — offeriert in allen Nuancen

das Pfd. zu **50 Pfennig**

Max Hofheinz, Karlsruhe,

Material- und Farbwaren,
Luisenstr. 8.

Auch kleinere Aufträge von auswärts werden mit größter Sorgfalt u. promptest ausgeführt. 1515.15.12

Wer schnell u. billigst Stellung finden will, der verlange per Postkarte die **„Deutsche Vakanzenpost"** in Eßlingen. 10.24.12

Badischer Leib-Grenadier-Verein Karlsruhe.

348

Unter dem Protektorate Sr. Königl. Hoheit des Grossherzogs.

Samstag den 9. Juni 1900, abends ½9 Uhr,

Kameradschaftliche Zusammenkunft

im neuen Vereinslokal **„Burg Hohenzollern",** Eingang Zähringerstr. 60 a. Regimentskameraden sind willkommen.

Der Vorstand.

Sämtliche

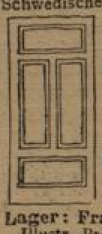
Lawn-Tennis-Artikel

in großer **Auswahl.**

Alwin Vater,
Zirkel 32.

2 4.20.14

Specialität:
Schwedische und astreine amerikanische



Zimmer-Thüren

Futter, Bekleidungen etc.

Emil Funcke.

Haupt-Comptoir und Musterlager:
Coblenz, Schlossstr. 7,
wohin alle Anfragen zu richten sind

Lager: Frankfurt a. M., Niedenau 15

Illustr. Preislisten gratis und franco

579.52.49

Renten-versicherungen

sind bei dem heutigen niedrigen Zinsertrage aller sicheren Anlagewerte der **zuverlässigste Weg, das Einkommen dauernd zu erhöhen.**

Für ein Einlagekapital von 1000 Mark zahlt unsere Gesellschaft (gegr. 1872, Vermögen ca. **40 Millionen Mark**) beispielsweise einem Rentenkäufer im Alter von

55	65	70 Jahren
77.79	109.39	132.29 Mark

jährliche Rente **auf Lebenszeit.**

Tarife und jede nähere Auskunft bei allen Vertretern, sowie bei der

Wilhelma in Magdeburg
Allgem. Versich.-Actien-Gesellschaft.

67.14.12

Kredit! Geld!

jeder Art und Höhe reell u. diskret ohne Vermittelung zu erlangen. Prospekt mit Näherem versendet gegen Marke franko **Merkur, München, Sommerstrasse 48.** 3066.2.1

Tüchtiger 3134.2.1

Techniker

mit praktischen Erfahrungen findet in größerem **Baugeschäft** der Stadt Basel eventuell dauernde Stellung.

Eintritt sofort oder nach Uebereinkunft.

Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Salairansprüchen unter Chiffre O 8195 B an **Orell Füßli,** Annoncen, **Basel.**

Directorstelle oder active Beteiligung

mit 30—60 Mille Kapital u. 30 Mille Lebensversicherung **sucht Ingenieur mit Hochschulbildung,** Mitte dreißiger, unverheiratet, in nachweisb. rentablem Fabrikgeschäft Süddeutschlands, Württemberg, Baden oder Bayern bevorzugt. Gefl. ausführl. Offerten unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit erbeten unter Chiffre **Z. A. Z. 1363** an **Haasenstein & Vogler,** A.-G., **Stuttgart.** 3123.1

Hoehl Kaiser-Blume

Feinster Sekt.

Gebr. Hoehl, Geisenheim a. Rh.

Zu bezieh. durch die Weinhandlungen.

502.26.14

Feinstes dunkles

Culmbacher Exportbier

für Rekonvaleszente, Magenleidende, Wöchnerinnen ꝛc. ꝛc.

in ⅟₁ und ½ Flaschen, sowie in Gebinden empfiehlt 584.48.20

A. L. Beck,

Kaiserstraße 150. Telefon 335.

gegenüber dem Postneubau.

Baden-Baden,

Goldenes Kreuz,

größtes und feinstes Restaurant vis-à-vis dem Intern. Club, Theater und Konversationshaus.

Anerkannt berühmte Küche. Münchner Hofbräu — Pilsner Urquelle.

1763.12.10 **Wilhelm Förster.**

L. z. Tr.
11. VI. ½8 U. A.
Obl. I. Gr. mt. Aufn.

Druck und Verlag der [illegible] Karlsruhe.